

Übersetzung aus dem Russischen

Rede des Genossen E. A. Schewardnadse auf der Tagung des Außenministerkomitees in Bukarest am 14. Oktober 1986

Verehrte Kollegen!

Liebe Freunde!

Eine operative Information über das Treffen in Reykjavik haben Sie heute morgen sozusagen auf den heißen Spuren der Ereignisse erhalten. Das ermöglicht mir, jetzt eingehender zu den Schlüsselproblemen unserer Zusammenarbeit und unseres Zusammenwirkens zu sprechen.

Die Situation und die Atmosphäre unseres Treffens begünstigen das. Die rumänischen Genossen haben dafür hervorragende Bedingungen geschaffen und eine umfangreiche Vorbereitungsarbeit geleistet. Dafür möchte ich ihnen herzlich danken.

Wir haben uns unlängst in New York gesehen. Wir hatten Begegnungen, sprachen miteinander und tauschten Informationen aus, so daß das Bukarester Rendezvous kein schlechter Prolog ist, der uns die Möglichkeit gibt, über die aktuellsten Dinge zu sprechen. Zugleich ist das Bedürfnis ein wenig breiterer Verallgemeinerungen und einer konzeptionellen Gestaltung des Dialogs spürbar.

Trotz der Zeitnot habe ich vor meiner Abreise nach Bukarest noch einmal meine Rede auf der Tagung des Komitees der Außenminister im März in Warschau gelesen. Und das habe ich speziell getan. Damals haben wir einander viele wahre und in gewissem Sinne unerwartete Worte gesagt. Jetzt möchte man überprüfen, inwieweit ihre Neuheit Eingang in unsere Arbeit und unser praktisches Handeln gefunden hat.

Ich denke, daß wir möglichst oft die Praxis mit den Ausgangspositionen vergleichen und analysieren sollten, worin wir Recht hatten, wo es Fehlschläge gab oder wo wir von unbegründeten Prämissen ausgegangen sind.

Wenn wir tatsächlich eine hohe Effektivität erreichen wollen, dann brauchen wir eine Selbstkontrolle, die in vieler Hinsicht eine Konsequenz in der Politik gewährleistet.

Natürlich setzt eine Selbstkontrolle auch erforderliche Korrekturen voraus. Wenn man sieht, daß irgendetwas nicht funktioniert und kein Ergebnis bringt sowie Kosten verursacht, dann muß man davon abgehen. Und man braucht sich nicht vor Korrekturen und Veränderungen zu fürchten. Der Mechanismus der Zusammenarbeit wird um so effektiver, je flexibler und mobiler wir ihn umgestalten können. Dazu ist es sehr wichtig zu sehen, worin wir uns geirrt haben und was die Prüfung der Zeit bestanden hat.

Der Zeitraum der überschaubaren Zeit ist nicht groß - von Frühjahr bis Herbst 1986 -, aber die Fülle seiner Ereignisse ist gewaltig. Und nicht so sehr die physische Zeit als vielmehr ihr realer Inhalt ermöglichen es mir zu sagen, daß die Hauptlinie unserer Aktionen der Prüfung standgehalten hat.

Wenn Sie sich erinnern: Am 19. März haben wir über die außerordentlich wichtige praktische Bedeutung dreier theoretischer Thesen des XXVII. Parteitages gesprochen:

- darüber, daß die Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Kapitalismus gegenwärtig nur und ausschließlich in den Formen des friedlichen Wettbewerbs und des friedlichen Wettstreits verlaufen kann und muß;

- daß die Konzeption des umfassenden Systems der internationalen Sicherheit der praktische Weg zur Durchsetzung der friedlichen Koexistenz als universelles Prinzip der zwischenstaatlichen Beziehungen ist;
- daß die Vervollkommnung der demokratischen Institute in unserer Gesellschaft unlösbar mit der Erweiterung der Demokratisierung der zwischenstaatlichen Beziehungen verbunden ist.

Wir waren bestrebt, alle diese Schlußfolgerungen mit praktischem Inhalt zu erfüllen. Ohne ein Jota von ihnen abzuweichen, haben wir ziemlich bedeutende Ergebnisse erreicht.

Ausführlicher werde ich darüber etwas später sprechen, aber jetzt führe ich ein verallgemeinertes Ergebnis an: Der Sozialismus gestaltet sein außenpolitisches Regime unter Berücksichtigung der Realitäten des nuklearen und kosmischen Zeitalters immer erfolgreicher um und stellt sich in den Augen der Weltöffentlichkeit überzeugender als Verfechter und Verteidiger der gesamt menschlichen Interessen dar. Das letzte Mal haben wir festgestellt, daß es nicht immer gelungen ist, den Massen die führende historische Mission des Sozialismus ins Bewußtsein zu bringen und sie durch die konkrete Praxis zu bekräftigen.

Heute gelingt uns das in immer wachsendem Maße. In der Periode vom sowjetisch-amerikanischen Treffen in Genf bis zu den Verhandlungen in Reykjavik kann man dafür genügend Bestätigungen finden.

Diese These könnte man durch eine Vielzahl von Beispielen des Erfolgs unserer außenpolitischen Anstrengungen illustrieren. Eines dieser Beispiele ist die Unterbreitung des gemeinsamen Vorschlages der Gruppe sozialistischer Länder in der UNO zur Schaffung eines umfassenden Systems des internationalen

Friedens und der internationalen Sicherheit. Jedoch in fast noch größerem Maße erhöht sich die Anziehungskraft unserer Konzeptionen und Ideen dank den positiven qualitativen Veränderungen sowohl innerhalb der Gemeinschaft als auch in jedem einzelnen ihrer Länder.

Wir sind hierher gekommen - wie man sagt - vom Schiff auf den Ball. Vom Schiff im direkten Sinne des Wortes, denn in Reykjavik haben wir auf dem Schiff "Georg Ots" gewohnt. Was den "Ball" betrifft, so ist dieses Treffen für mich ein Festtag der Begegnung mit Freunden, und ihr sachbezogener Charakter schließt ihre Festlichkeit nicht aus. Und Sie können mir glauben, daß wir hierher dem Ruf unserer tiefen Überzeugung gefolgt sind, in erster Linie den Freunden über die Ergebnisse des Gipfeltreffens zu berichten, damit die Erfahrungen von Reykjavik möglichst schnell in das Arsenal unserer gemeinsamen Aktionen eingehen.

Das ist der Beschluß von M. S. Gorbatschow und des Politbüros des ZK der KPdSU, der voll und ganz der Linie des April-Plenums und des XXVII. Parteitags unserer Partei entspricht. Ich führe dieses Beispiel deshalb an, weil es für den Charakter unserer Beziehungen in der gegenwärtigen Etappe der Tätigkeit der sozialistischen Gemeinschaft sehr bezeichnend ist.

Im Frühjahr sprachen wir von der Bedeutung der Parteitage der Bruderparteien für die allgemeine Festigung der Positionen des Sozialismus. Heute können wir mit Überzeugung sagen, daß ihre Beschlüsse diesem Ziel dienen. Sie wirken trotz Schwierigkeiten und Hindernissen, und auch die Tatsache, daß wir sie überwinden, wirkt zu unseren Gunsten.

Der Kampf um die allgemeine Sicherheit fördert und muß letztendlich den sozial-ökonomischen Fortschritt und die politische Stabilität in unseren Ländern fördern.

Im Prozeß der Bewegung in Richtung Sicherheit werden auch, wie wir das im Frühjahr in Warschau festgestellt haben, spezifische Probleme gelöst, die die Bevölkerung unserer Länder bewegen.

Ich möchte an die Worte M. S. Gorbatschows erinnern, daß die sowjetischen Truppen in einer Reihe von Ländern nicht für ewig vor Anker gehen. Ich gestatte mir, mich auch auf meine eigenen Ausführungen auf der Tagung der UN-Vollversammlung zu beziehen, daß wir überhaupt nicht wollen, daß sich unsere Truppen außerhalb unserer nationalen Grenzen befinden. Sowohl die Führung des Landes als auch das Volk wollen ihre Rückkehr nach Hause.

Der Hauptweg dazu ist die Durchsetzung einer zuverlässigen Sicherheit sowohl in Europa als auch in anderen Regionen.

Bis zum heutigen Tag rufen unsere aufrichtigen Bestrebungen in dieser Hinsicht nur bei wenigen Zweifel hervor. Und wenn vor einigen Monaten manche westlichen Partner gegenüber unseren Vorschlägen politisch taub waren, so demonstrieren sie heute mehr oder weniger deutlich Realismus, Flexibilität und Nachgiebigkeit.

Das ist nicht zuletzt deshalb erfolgt, weil es uns gelungen ist, die unterbreiteten Initiativen in die Bahnen der praktischen Realisierung zu lenken und nicht abstrakt die Bereitschaft zu erklären, sondern sie konkret zu bekunden, alles zur Erreichung des praktischen Ziels zu tun - der Beseitigung der nuklearen und chemischen Waffen, der Nichtzulassung des Wettrüstens im Weltraum und des Übergangs zu nichtmilitärischen Methoden der Gewährleistung der Sicherheit.

Wir haben in richtiger Weise Kurs auf die Arbeit mit der Weltöffentlichkeit genommen. Eine der Lehren von Reykjavik besteht darin, daß wir uns, indem wir die Kontakte und Verhandlungen mit den Regierungen verstärken, noch aktiver an die Weltöffentlichkeit wenden müssen. In der Politik haben - wie M. S. Gorbatschow unterstrich - die Stimme der Menschen und ihre staatsbürgerliche Position großes Gewicht und beeinflussen die Möglichkeit, diese oder jene Ziele zu erreichen.

Wenn ich mir die gefaßten Beschlüsse vergegenwärtige, dann sehe ich, daß heute allein die Frage der nuklearen Kräfte Englands und Frankreichs in neuer Weise erscheint.

Welche Argumente haben wir hier? Erstens ist das ein taktischer Zug zur Erreichung eines größeren Ziels; zweitens haben wir jetzt nach den Kontakten mit Mitterrand und Thatcher größere Gewißheit darin, daß diese Länder in ihren nuklearen Umrüstungen über die festgelegte, uns zufriedenstellende Obergrenze nicht hinausgehen werden.

Angesichts unserer in Reykjavik veröffentlichten neuen Positionen wird es für sie schwierig sein, abseits des Prozesses der Säuberung des europäischen Kontinents von Kernwaffen mittlerer Reichweite zu bleiben. Ja und die 50 %igen Reduzierungen stellen sie direkt vor die Frage, sich der nuklearen Abrüstung anzuschließen.

In bezug auf die Nuklearexplosionen haben wir zu praktischen Zwecken die Linie genau eingehalten und einen großen politischen Nutzen erreicht.

Unsere Argumente in bezug auf die Kritik an der SDI wirken. Wir sind niemals davon ausgegangen, daß man dieses Programm mit Worten, selbst den überzeugendsten, so ummodellieren kann, daß ihre Autoren über sie den Bannfluch verhängen.

Die Position der USA in Reykjavik hat gezeigt, daß die Amerikaner bereit sind, vieles zu opfern, um die SDI zu erhalten. Dort zeigte sich am umfassendsten das gefährliche Wesen des "Sternenkriegs"-Programms. Gerade dieses Programm steht jetzt einer kernwaffenfreien Welt im Wege. Dieses Argument müssen wir nutzen und die Menschen gegen die der Welt aufgezwungene kosmische Runde des Wettrüstens mobilisieren.

Neben der Aktivität in dieser Richtung müssen wir jedoch reale Varianten haben. Es könnten zwei sein: die erste - sich nicht von der eigenen Position zu bewegen und mit einer Gegenerhöhung der Rüstungen zu reagieren. Das ist möglich, aber in jeglicher Hinsicht nicht wünschenswert; die zweite - einen Kompromiß vorzuschlagen, der die Arbeiten an diesem Programm hinauszögert und begrenzt. Das ist möglich und auf Erfolg gerichtet. Daran müssen wir weiter arbeiten.

Mehr als andere haben wir uns am eigenen Beispiel davon überzeugt, daß die Administration der USA dem Einfluß verschiedener Kräfte unterworfen ist. Als die Zeit verantwortungsvoller Entscheidungen gekommen war, wurde sie zwischen den politischen Polen hin und her geworfen und reagierte auf äußere Reize mit Provokationen und boshafter antisowjetischer Rhetorik. All das beobachteten wir im September in Washington und New York. Und dort haben wir uns auch davon überzeugt, daß die Möglichkeit besteht, die Amerikaner in eine Lage zu versetzen, in der sie gezwungen sind, mehr oder weniger realistische Entscheidungen zu treffen.

Unter einem liegenden Stein fließt kein Wasser. Das Statische in der Politik bringt keine Erfolge. Jetzt, da die unbeweglichen Steine von ihren "ewigen" Plätzen fortbewegt wurden, ist die Politik in Bewegung geraten. Und die vergangenen Monate sind mit entsprechenden Beispielen angefüllt.

Wie könnte man heute vom Standpunkt der Tendenz die Lage einschätzen?

Ich denke, daß wir bei Beibehaltung der allgemeinen Einschätzung, daß die internationale Situation sehr kompliziert, besorgniserregend und zuweilen sogar gefährlich ist, Grund dazu haben, in ihr neue, hoffnungsvolle Zeichen zu sehen.

Ich würde sie in chronologischer Reihenfolge anordnen, obwohl das in einer Reihe von Fällen ziemlich bedingt sein wird, da es sich in der Regel um Prozesse und nur mitunter um konkrete Ereignisse handelt.

Es ist nicht übertrieben zu sagen, daß das einseitige Moratorium über Kernexplosionen uns einen großen Dienst erwiesen hat. Der propagandistische Effekt war hier nicht die Hauptsache. Die Bedeutung des Moratoriums besteht vor allem darin, daß es sozusagen zum materiellen Symbol des neuen Denkens, der neuen Friedensphilosophie geworden ist.

Ich sage nicht, daß wir im Zusammenhang mit dem Moratorium 100-prozentig richtig gehandelt haben. Es gab Perioden, da wir es selbst vergaßen und nicht alle Möglichkeiten nutzten. Aber insgesamt wurde diese Aktion nicht nur durch Propagandarbeit, sondern auch durch solide politische Maßnahmen untermauert. Es wurden politische Ausdauer, Konsequenz und Flexibilität an den Tag gelegt und die erforderliche Korrektur der Position gewährleistet.

Im wesentlichen ist es gelungen, die Positionen des Westens in bezug auf die Kontrolle praktisch vollständig zu erschüttern. Wurde die Frage der Kontrolle doch lange Zeit mit Erfolg gegen uns genutzt, und mit ihr wurden selbst begrenzte Maßnahmen auf dem Gebiet der Kernwaffenversuche blockiert.

Ich spreche soviel von der Kontrolle nicht um der Prahlerei willen. Ich möchte einfach sagen, daß wir an diesem Beispiel viel gelernt haben. Wir haben gesehen, wie wirksam direktes Handeln ist. Man kann endlos lang und viel von nuklearer und anderer Abrüstung sprechen, aber ein Umbruch in dieser Richtung wird erst dann entstehen, wenn die Appelle und Losungen zu konkreten Aktionen werden, die auf Ergebnisse abzielen.

Das möchte ich besonders betonen. Wir haben uns davon überzeugt, daß ein Ergebnis durch eine konsequente Serie von Schritten, die zum gestellten Ziel führen, erreicht wird.

In der Zeit nach unserem Frühjahrstreffen haben wir gemeinsam wie nie zuvor abgestimmt und operativ gehandelt. Ich bin davon überzeugt, daß die Lage jetzt anders wäre, hätten wir nicht rechtzeitig einen Komplex von Vorschlägen zu den konventionellen Rüstungen und Streitkräften unterbreitet. Der Budapester Appell der führenden Repräsentanten unserer Parteien und Länder ist ein Muster für die Fähigkeit der Gemeinschaft, auf dem Niveau der fortgeschrittensten politischen "Technologie" zu arbeiten. Nachdem wir gesehen hatten, daß unsere Position zu den konventionellen Rüstungen hinter den Konzeptionen in bezug auf die nuklearen und kosmischen Rüstungen zurückgeblieben war, haben wir die Sache schnell korrigiert und die NATO in eine schwierige Situation gebracht.

Wir brauchen uns hier nicht zu berauschen. Sie werden sicher etwas ersinnen, am ehesten wieder auf dem Gebiet der Kontrolle und Verifikation, aber wir müssen darauf vorbereitet sein, ihnen zuvorzukommen und unsere Vorschläge zu entwickeln, damit sich der Ball wieder in der Hälfte der NATO befindet.

Es geht jedoch, wie Sie verstehen werden, durchaus nicht um Punktesammeln. Wir müssen sie in die ernsthafte Erörterung des Problems der konventionellen Rüstungen hineinziehen und auch hier auf Ergebnisse orientieren.

Die Zeit ist heute kostbarer denn je. Es ist eine ständige Bewegung erforderlich.

Sehen Sie, was in Stockholm erfolgt ist. Dort hat doch die Situation bis zum letzten Moment keinen Optimismus eingeflößt, solange wir nicht gemeinsam die im Sumpf der Verhandlungen festgefahrene Karre herausgezogen haben. Das Ergebnis war ein bedeutender Erfolg. Vielleicht schafft unsere Zustimmung zu den Inspektionen für uns einige Probleme, aber politisch haben wir sofort vieles gewonnen, und man kann sagen, das politische Klima in Europa spürbar verändert.

Ich würde so sagen: Ohne den erfolgreichen Abschluß der Stockholmer Konferenz würde unser Budapester Appell in der Luft hängen. Sie wissen, daß die NATO-Anhänger durchaus nicht den Wunsch haben, über die Reduzierung von Streitkräften in Europa zu sprechen. Aber jetzt sind unsere Positionen stärker - wir können real um Stockholm-2 kämpfen und im Rahmen des gesamteuropäischen Prozesses eine große Offensive entfalten.

Jedes der angeführten Beispiele bekräftigt, daß immer dann, wenn wir tatsächlich auf neue Art denken und mit neuem Herangehen operieren, uns das Ergebnisse bringt.

In der Vergangenheit haben wir mit unserer früheren Praxis nicht selten den Begriff "Initiative in unseren Händen" abgewertet. Jetzt haben wir verstanden, daß sie nur dann in unseren Händen ist, wenn es keine statische Initiative ist, sondern ein dynamischer Prozeß, wenn die Initiative unter Berücksichtigung der Lage, ihres Erkennens und des Einwirkens auf sie ständig weiter entwickelt wird.

Wie mir scheint haben wir auch in der Frage des Verbots der chemischen Waffen einen richtigen Kurs eingeschlagen. Hier gibt es nicht wenige Fortschritte, aber die Sache erfordert ständige Aufmerksamkeit und wiederum Bewegung. Hier sind Fehl kalkulationen gefährlich.

Wir müssen sehr präzise handeln, um die Frage ohne Gefahr für unsere gemeinsame Sicherheit zu lösen. Aber wir müssen uns von dieser Waffenart unbedingt befreien, und der Sozialismus muß hier aus humanitären, moralischen, politischen und ideologischen Erwägungen vorangehen.

Sehr rechtzeitig und richtig haben wir die Frage der Stärkung des Regimes der Sicherheit der Kernenergetik gestellt. Die in Wien unterzeichneten Konventionen sind ebenfalls unser gemeinsames Aktiv. Das Unglück mit unserem Unterseeboot wurde nicht zu einem internationalen Problem, da wir in diesem Falle so handelten, wie das die unterzeichneten Konventionen erfordern.

Worte unterschieden sich bei uns hier nicht von Taten, und das hat das Vertrauen gefestigt.

Ich sage es direkt: Es ist sehr schlecht, daß bei uns so schwere Unglücksfälle eintreten, aber es ist gut, daß wir uns vom falschverstandenen Prestige komplex trennen und offen über unser Unglück sprechen. Auch das ist ein Ausdruck des neuen Denkens.

Dieses neue Denken kann man auch darin sehen, daß wir das Problem der Demokratisierung der internationalen Beziehungen in breitem Maße stellten. Die Bereitschaft der UdSSR, auf Kernwaffen zu verzichten und somit auf den Status einer Kernwaffenmacht, wie sie in der Erklärung von M. S. Gorbatschow vom 15. Januar zum Ausdruck gebracht wurde, ist ohne Übertreibung ein großer Schritt zur Schaffung eines wahrhaften Demokratismus in den zwischenstaatlichen Beziehungen.

Einige Worte über unseren gemeinsamen Vorschlag, den wir auf der diesjährigen Tagung der UN-Vollversammlung unterbreiteten. Sie wissen, daß wir Zweifel darüber hatten, in welcher Form und wie er unterbreitet werden soll. Wir unterbreiteten ihn kollektiv, und das ist erstmalig in der Praxis der Gemeinschaft.

Die Generaldebatte in der UNO hat gezeigt, daß wir richtig handelten. Es wurde die Priorität der Länder des Sozialismus in bezug auf eine Idee und Konzeption, der die Zukunft gehört, festgelegt. Ich denke, daß die politische Theorie in dieser Richtung unvermeidlich evolutionieren wird.

Es wurde ein guter Anfang gemacht. Jetzt müssen wir aktiv arbeiten.

Vielleicht würde es lohnen, ernsthaft an eine Arbeitsteilung und Rollenverteilung bei der Erarbeitung konkreter Richtungen dieser Konzeption zu denken. Hat doch jedes unserer Länder Bereiche theoretischer Kenntnisse und praktischer Erfahrungen, in denen sie am stärksten und angesehensten sind, und es gibt traditionelle Verbindungen und Kontakte, die ihrer Meinung in den Augen der Partner besonderes Gewicht geben. All das muß mit dem maximalen Nutzen für die Sache genutzt werden.

Eine solche Kooperation könnte durch die Arbeitsgruppe koordiniert werden. Auf informeller Grundlage geschaffen, sollte diese Gruppe den Fortgang der konkreten Ausarbeitungen unter ihre Kontrolle nehmen.

Die internationale Sicherheit ist kein Monopol des Sozialismus, sie ist die Sache aller Völker. Für uns wird es ausreichend sein, wenn alle wissen, daß wir eine Lösung vorgeschlagen haben, aktiv an ihrer Verwirklichung arbeiten und bereit sind, jedes vernünftige Detail in der Position der anderen zu akzeptieren und zu unterstützen.

Sie alle, Genossen Minister, waren in New York und haben, wie ich glaube, die Veränderung in den Stimmungen der meisten Delegierten gespürt. Die Weltgemeinschaft wird reif für die Aufnahme einer großen internationalen "Reform", die fähig ist, das Niveau der allgemeinen Sicherheit anzuheben. Unser gemeinsamer Vorschlag umreißt die Konturen einer solchen Reform.

Wir meinen, daß wir regelmäßige Konsultationen durchführen sollten, um einzuschätzen, wie sich in der UNO unsere Initiative entwickelt, was wir in jeder konkreten Etappe noch zusätzlich zu tun haben, um sie für die absolute Mehrheit der Länder attraktiv zu machen.

Auch hier sind wir verpflichtet, an das Ergebnis zu denken, und das bedeutet, daß wir die Standpunkte und Positionen aller Länder, ohne die NATO-Länder auszuschließen, berücksichtigen müssen.

Wir werden jetzt erneut zu den europäischen Angelegenheiten zurückkehren. Die Erklärungen darüber, daß diese Richtung Priorität hat, sind dadurch erhärtet worden, daß wir die Initiative übernommen haben.

Stockholm hat viele Aspekte. Einer der Hauptaspekte besteht darin, daß sich auch in Westeuropa die Keime des neuen Denkens ihren Weg bahnen. Im Gespräch mit mir nannte Genscher in New York den Abschluß der Konferenz "einen Sieg der Vernunft", und der belgische Minister hob hervor, daß Stockholm eine große und in gewissem Maße selbständige europäische Aktion war, die nicht in allem nach einem für die USA wünschenswerten Drehbuch abgelaufen ist.

Immer deutlicher sind die Anzeichen, daß in den Beziehungen zwischen Westeuropa und den USA eine neue Phase begonnen hat. Der atlantische Konsens weist Risse in der Hauptfrage der Außen- und Militärpolitik des NATO-Bündnisses auf, nämlich, wie soll man sich gegenüber den Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages verhalten? Durch eine aktive Politik der Festigung der friedlichen Strukturen in Europa tragen wir dazu bei, daß die Westeuropäer den Unterschied ihrer Interessen von den amerikanischen globalen Bestrebungen besser erkennen.

Sehr wichtig ist auch etwas anderes: Hinter jeder Schlacht, auch hinter jeder kleinen Schlacht, die wir in Stockholm gewonnen haben, steht unsere kameradschaftliche gegenseitige Hilfe, die Bereitschaft, voneinander zu lernen, schnell Unklarheiten zu überwinden, unsere Positionen zu präzisieren und zu verstärken.

Stockholm hat den Weg nach Wien geebnet, und Reykjavik hat ihn auf neue Weise beleuchtet. Es ist ganz offensichtlich, daß er im Zeichen des sowjetisch-amerikanischen Gipfeltreffens und im mächtigen "Magnetfeld" der von M. S. Gorbatschow vorgeschlagenen Formel von der Befreiung unseres europäischen Hauses von Kernwaffen verlaufen wird.

Wir stimmen mit allen Verbündeten darin überein, daß das Treffen in Wien in einem positiven Geist durchzuführen ist. Es gilt, sich auf eine konstruktiv-offensive Strategie und eine dynamische, flexible Taktik einzustellen, die unseren Delegationen den notwendigen Handlungsspielraum gewährleistet, ohne die strategischen Ziele aus dem Auge zu verlieren.

Ich möchte einige konkrete Fragen, die mit dem Wiener Treffen zusammenhängen, ausführlicher erörtern.

Erstens: Wie können wir die Erörterung unserer Budapester Vorschläge über die Reduzierung der Streitkräfte und konventionellen Rüstungen in Europa in reale Bahnen lenken? Wir glauben, daß es die Lage gestattet, direkt die Frage aufzuwerfen, diese Vorschläge in der zweiten Etappe der Stockholmer Konferenz zu behandeln. Wir müssen uns beraten, wie wir unsere Position am besten voranbringen können.

Die Gespräche in New York haben gezeigt: Die Idee der Erörterung der Fragen der Abrüstung in Europa auf dem "zweiten Stockholm" kommt den neutralen und nichtpaktgebundenen Ländern nahe wie übrigens auch einigen europäischen NATD-Verbündeten der USA. Diesbezüglich äußerten sich Chirac, Genscher, Andreotti unzweideutig.

Allem Anschein nach werden auf dem Wiener Treffen selbst die NATO-Länder versuchen, eine substantielle Diskussion über die Budapester Vorschläge zu verhindern. Höchstwahrscheinlich werden wir zu Beginn um die Bestimmung des Rahmens künftiger Verhandlungen ringen müssen.

Ein Gegenstand besonderer Aufmerksamkeit wird natürlich die Frage des Mandats für Stockholm-2 sein. Seinem Inhalt nach könnte dieses Mandat, wie uns scheint, eine unmittelbare Verknüpfung von Fragen der Abrüstung und der in Budapest vorgeschlagenen Maßnahmen sein.

Es wäre sehr wichtig, eine Vereinbarung über die parallele Behandlung von Maßnahmen der Abrüstung und Maßnahmen der Festigung der militärstrategischen Stabilität auf Stockholm-2 anzustreben und sich zu bemühen, diese in einem erweiterten Mandat festzuschreiben.

Ich möchte Sie darüber informieren, daß wir im vergangenen Monat den Versuch unternommen haben, einen informellen Kontakt zur NATO-Sondergruppe für konventionelle Rüstungen herzustellen. Wir gaben über die Italiener zu verstehen, daß wir einen sowjetischen Vertreter nach Brüssel entsenden könnten, um die Vorschläge der Länder des Warschauer Vertrages auf der Tagung dieser Gruppe zu erläutern. Da die Franzosen und Amerikaner gegen einen derartigen direkten Kontakt auftraten, bot Andreotti die Vermittlerdienste Italiens an.

In Rom fanden ausführliche Gespräche über die Budapester Vorschläge statt. Aus den Fragen, die die Italiener stellten, ist ersichtlich, daß es sich für uns lohnt, diese oder jene Themen gründlicher aufzuarbeiten. Das erhöhte Interesse unserer Gesprächspartner gilt zum Beispiel jenen Bestimmungen des Budapester Appells, wo von den Militärdoktrinen beider Bündnisse die Rede ist. Hier müssen wir durch gemeinsame Anstrengungen unsere Positionen und die entsprechende Argumentation ausarbeiten.

Wir müssen gemeinsam unsere Positionen bezüglich der Wiener Verhandlungen über die Reduzierung der Streitkräfte und Rüstungen in Mitteleuropa bestimmen. Die USA und einige andere NATO-Länder sprechen sich dafür aus, irgendein Abkommen vor der Erörterung unserer Budapester Vorschläge zu erzielen. Wir sagten den Amerikanern, daß es wünschenswert ist, diese Verhandlungen wenigstens mit einem symbolischen positiven Ergebnis abzuschließen.

Es ist jedoch wichtig, diese nicht dem Stockholmer Forum entgegenzustellen, nicht die Möglichkeit umfassender Reduzierungen der Streitkräfte und konventionellen Rüstungen in Europa zu blockieren. Ich glaube, es ist für uns sinnvoll, den Meinungsaustausch in dieser Frage fortzusetzen. Einige Genossen äußerten bereits eine solche Meinung.

Im Rahmen des Helsinki-Prozesses bleiben die Fragen der Entwicklung der Zusammenarbeit auf den Gebieten des Handels und der Wirtschaft, der Wissenschaft und Technik und in anderen Bereichen ungerechtfertigterweise zurück. Wie wir vereinbart haben, ist es notwendig, in Wien diese Frage in die Konzeption eines umfassendes Systems des internationalen Friedens und der Sicherheit einzuordnen. Die neuen Bedürfnisse der Zusammenarbeit, die sich aus der gegenwärtigen technologischen Situation ergeben, erfordern ein unvoreingenommeneres Herangehen. Hier, so scheint uns, können die Vorschläge der ungarischen, tschechoslowakischen und polnischen Genossen zur Durchführung eines Wirtschafts- und wissenschaftlich-technischen Forums gute Arbeit leisten.

Es bestehen alle Voraussetzungen dafür, auf dem Wiener Treffen in den Fragen der Menschenrechte und der zwischenmenschlichen Kontakte eine offensive Position einzunehmen. Die Erfahrungen von Ottawa, Budapest und Bern liefern uns dafür eine gute Ausgangsposition.

Das abgestimmte Herangehen der verbündeten Staaten an das Wiener Treffen erleichtert uns die Möglichkeit, darum zu ringen, daß es auf einer ausgewogenen Grundlage in allen Richtungen der Schlußakte von Helsinki und des Madrider abschließenden Dokuments verläuft.

Wir suchen weiter nach einem optimalen "Modus vivendi" der Beziehungen zu unterschiedlichen Organisationen und Gruppierungen der kapitalistischen Staaten Westeuropas. Diese Idee, die von M. S. Gorbatschow vor einem Jahr in Paris geäußert wurde, wurde von allen verbündeten Staaten unterstützt.

Wie stehen hier die Dinge?

Die Gestaltung der offiziellen Beziehungen zwischen RGW und EWG hat sich von der Stelle bewegt. Sie geht langsam voran, und allem Anschein nach wird sie von den Amerikanern behindert. Es scheint, daß es auf dem Gebiet der parlamentarischen Beziehungen bestimmte Möglichkeiten gibt. Die Trägheit des stereotypen Denkens hindert bis jetzt die Führung der NATO daran, ihre Positionen in bezug auf die Beziehungen zur Organisation des Warschauer Vertrages zu bestimmen. Aber das darf uns nicht enttäuschen.

Ein großes Potential für unsere gemeinsame Arbeit ist auf dem Gebiet der bilateralen Beziehungen zu den westeuropäischen Ländern konzentriert. Die Begegnungen und Gespräche mit den Vertretern Großbritanniens, Frankreichs, der BRD, Italiens, darunter auch während der UN-Vollversammlung, haben gezeigt, daß sie nicht wollen, daß die USA alles zerstören, was in den Jahren der Entspannung, in den 70er Jahren, in den Beziehungen zu den sozialistischen Ländern erreicht worden ist. Meine Eindrücke vom kürzlichen Aufenthalt in Kanada bestätigen dies ebenfalls.

Ein besonders günstiges Echo finden unsere Aktionen in den neutralen und nichtpaktgebundenen Ländern. Die Positionen solcher Länder wie Jugoslawien sowie Finnland, Schweden und Österreich in den großen internationalen Fragen kommt den unseren sehr nahe. Das eröffnet neue Möglichkeiten.

Jedes unserer Länder hat seine Erfahrungen der Beziehungen mit Westeuropa. Hier wäre wahrscheinlich eine Art "Rollenverteilung" nützlich.

Zum Beispiel wurde während des jüngsten Besuchs Papandreuos in Sofia eine Deklaration über Freundschaft, gute Nachbarschaft und Zusammenarbeit zwischen Bulgarien und Griechenland unterzeichnet. Die Bedeutung dieses Dokuments geht offenkundig über den Rahmen bilateraler Beziehungen hinaus. Das ist eine wichtige politische Aktion zur Erhaltung des Friedens und Gewährleistung der Sicherheit auf dem Balkan und in Europa.

Oder ein weiteres Beispiel: Die gemeinsamen Initiativen der SED, KPC und SPD bezüglich der Schaffung kernwaffenfreier und chemiewaffenfreier Zonen in Europa sowie das energische Vorantreiben der Idee einer kernwaffen- und chemiewaffenfreien Zone auf dem Balkan durch die rumänischen und bulgarischen Genossen. Eine interessante Arbeit zur Problematik der vertrauensbildenden Maßnahmen in Europa leisten die polnischen Genossen mit den Sozialdemokraten der BRD.

Ein differenziertes Herangehen muß für das Voranbringen unserer Vorschläge angewandt werden, den Mittelmeerraum in eine Zone dauerhaften Friedens und dauerhafter Zusammenarbeit zu verwandeln. Wir müssen nach Berührungspunkten und gemeinsamen Nennern mit den Staaten dieser Region suchen.

Wie sich alle erinnern werden, haben wir in der UNO ein komplexes Stufenprogramm zur internationalen Zusammenarbeit bei der friedlichen Erschließung des Weltraums vorgelegt. Jetzt wäre es gut, zu vereinbaren, aktiver für einen friedlichen Kosmos einzutreten. Diese Richtung der Bemühungen der verbündeten Staaten wäre eine wichtige Stütze unseres gemeinsamen Kampfes gegen die amerikanischen Pläne, mit dem Wettrüsten im Weltraum zu beginnen.

Und wenn vor verhältnismäßig kurzer Zeit dieses Problem noch etwas im Abseits gestanden hat, hat es jetzt, nach Reykjavik, einen zugespitzt aktuellen Inhalt, eine konkrete lebenswichtige Bedeutung angenommen. Wir haben jetzt sehr starke Argumente, und es gilt, sie energisch zu nutzen.

Für die sozialistischen Länder ist der gesamte Komplex der mit China in Zusammenhang stehenden Fragen von sehr großer Bedeutung. Deshalb habe ich in meine Rede auch ein "chinesisches Kapitel" oder genauer gesagt eine Information über den Stand unserer Beziehungen zu diesem Land aufgenommen.

Wir schätzen ihre Dynamik positiv ein. Es gibt bedeutende Fortschritte, Schritt für Schritt wird der angehäuften Ballast abgetragen.

Es wachsen die Maßstäbe der ökonomischen Zusammenarbeit. Besondere Hindernisse für die Erweiterung der Beziehungen auf dem Gebiet des Handels, der Wissenschaft und Technik und der Kultur sehen wir nicht.

In den politischen Angelegenheiten sind Elemente einer Bewegung festzustellen. Hinter der mäßig positiven Einschätzung der in der Rede von M. S. Gorbatschow in Wladiwostok zum Ausdruck gebrachten Position durch die Chinesen sind deutlich große Hoffnungen zu spüren. Einerseits legen die Chinesen keine Eile an den Tag, andererseits geben sie Signale.

Eine sehr charakteristische Tatsache ist, daß während einer kürzlichen Begegnung in New York unser chinesischer Kollege, Wu Xueqian, sich betont nachdrücklich für die Möglichkeit interessierte, die Mitteilung über die Wiederaufnahme der Verhandlungen über Grenzfragen gleichzeitig zu veröffentlichen.

Eine Vereinbarung darüber gab es bereits, doch in allem war zu spüren, daß die Chinesen an ihrer Veröffentlichung äußerst interessiert sind. Wir spürten: Sie wollen sehr, daß alle wissen, daß es eine Bewegung in den sowjetisch-chinesischen Beziehungen gibt. In einer Reihe zentraler Probleme nimmt China allmählich Positionen ein, die unseren objektiv nahekommen. Für mehr sind bisher offensichtlich noch keine Bedingungen entstanden.

In einem Gespräch mit mir in New York sagte der Außenminister der VR China, daß China eine Vereinbarung zwischen der UdSSR und den USA über strategische Rüstungen, über die Nichtmilitarisierung des Weltraums und über Mittelstreckenraketen begrüßen würde. Zugleich sehen wir, daß Peking recht aktiv die militärische Zusammenarbeit mit den USA und Japan entwickelt.

Die chinesische Seite ist nach allem zu urteilen bisher nicht zu einer voll umfänglichen Entwicklung der politischen Beziehungen zur Sowjetunion bereit. Insbesondere zeigte sich Wu Xueqian zurückhaltend in bezug auf den Austausch von Besuchen der Außenminister der UdSSR und der VR China.

Im Kontext der kampucheanischen Angelegenheiten warf Wu Xueqian die Frage nach unserer Haltung gegenüber Vietnam auf. Faktisch versuchte er uns zu überreden, die militärische Hilfe für dieses Land zu reduzieren.

Natürlich ist eine solche Fragestellung grundsätzlich unannehmbar, und ich mußte in Erwiderung darauf direkt erklären: Zwischen der UdSSR und Vietnam bestehen gewisse Beziehungen, und wir haben nicht die Absicht, irgendwelche Korrekturen an ihnen vorzunehmen. Diese Beziehungen tragen den Charakter brüderlicher Freundschaft und Zusammenarbeit, so werden sie auch in Zukunft bleiben".

Insgesamt ist unsere Schlußfolgerung diese:
Ohne die bestehenden Meinungsverschiedenheiten zu dramatisieren, werden wir die prinzipielle Linie der Verbesserung der Beziehungen der Sowjetunion mit der VR China verfolgen. Ich möchte meinen Dank zum Ausdruck bringen für das Verständnis und die Unterstützung dieser Linie seitens der Führungen der Verbündeten Länder. Wir unsererseits schätzen die Anstrengungen der Freunde zur Normalisierung und Entwicklung der Beziehungen zur VR China. Als sehr bedeutsame Schritte betrachten wir den kürzlichen Besuch des Genossen Jaruzelski und die bevorstehende Reise des Genossen Honecker nach China.

Wenn Sie gestatten, noch ein paar Gedanken zu Fragen, die nicht unmittelbar mit den europäischen Angelegenheiten verbunden sind, doch zweifellos für uns alle wichtig sind.

Die perspektivisch angelegten Vorschläge zur Festigung des Friedens, der Sicherheit und Zusammenarbeit in der asiatisch-pazifischen Region, die Genosse Gorbatschow in Wladiwostok unterbreitet hat, stehen im Einklang mit den Stimmungen vieler dort gelegener Staaten. Natürlich werden reale Fortschritte hier nur durch eine sehr große Arbeit erreicht werden, aber wir haben die Absicht, unbeirrt in dieser Richtung zu arbeiten.

Es wäre wahrscheinlich auch für uns nützlich, gründlich und substantiell Meinungen zu den Problemen der asiatisch-pazifischen Region auszutauschen. Wenn die Genossen einverstanden sind, könnte man ein Konsultativtreffen der stellvertretenden Außenminister unserer Länder zu dieser Problematik vereinbaren.

Zum Nahen Osten. Die Idee einer internationalen Konferenz und praktischer Schritte zu ihrer Vorbereitung gewinnt zweifellos an Kraft. Aber es bedarf noch energischerer Bemühungen, um die Dinge in praktische Bahnen zu lenken, um ein

Vorbereitungskomitee zu schaffen. Die Tätigkeit des Komitees, an dem die ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates und die interessierten Länder teilnehmen würden, würde natürlich kollektive Anstrengungen und bilaterale Meinungs austausche miteinander verbinden.

Wir haben uns mit fast allen arabischen Staaten, mit der PLO und mit einer Reihe westeuropäischer Staaten beraten: die meisten - die einen vorsichtiger, die anderen entschiedener - sprechen sich dafür aus.

Jetzt wird die Möglichkeit einer Konferenz auch von den USA und Israel nicht rundweg abgelehnt, obgleich sie allerdings nicht auf Separatabmachungen verzichtet haben. Meine mit Simon Peres auf seine Bitte hin durchgeführte Begegnung bestätigte diesen Eindruck.

Ich möchte nebenbei bemerken, daß Peres erneut die Frage nach der Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zur UdSSR, darunter unter dem Gesichtspunkt, daß damit angeblich das quasi einzige Hindernis für eine internationale Konferenz aus dem Wege geräumt würde, aufgeworfen hat. Wir betonten, daß die Einberufung der Konferenz nicht von Vorbedingungen abhängig gemacht werden kann. In praktischer Hinsicht steht jetzt nicht die Frage der Wiederherstellung unserer Beziehungen zu Israel.

Das Gesamtbild der Nahostregelung wird ernstlich durch die fortbestehende Spaltung in den Reihen der palästinensischen Bewegung erschwert. Die Lage im Nahen Osten ist tatsächlich explosiv, und es muß gehandelt werden, besonders wenn man den Faktor des iranisch-irakischen Kriegs berücksichtigt.

Dieser Krieg beunruhigt uns stark. Im Moment kann niemand im voraus erkennen, was daraus werden kann, wenn man ihn nicht zum Halten bringt. Wir sprechen darüber mit Irak. Es reagiert positiv. In der letzten Zeit hatten wir ebenfalls intensive Kontakte mit Iran, und wir beabsichtigen, diese fortzusetzen.

Jedoch gibt es bis jetzt keine Ergebnisse. Es sind also immer neue Anstrengungen vonnöten. Augenscheinlich ist es zweckmäßig, die Möglichkeiten des Sicherheitsrates zu nutzen. Wir stellen Überlegungen zu Schritten in dieser Richtung an. Das ist, nebenbei gesagt, eine der wenigen Fragen, bei denen wir eine gewisse Verständigung mit den Vereinigten Staaten finden.

Verständlicherweise würden wir alle Ihre konstruktiven Erwägungen zu diesem nicht einfachen Problem begrüßen. Dabei halten wir es aber für notwendig zu unterstreichen: Unter den Bedingungen, da Iran sich offen auf eine Offensive in die Tiefe des irakischen Territoriums vorbereitet, ist jedes Zugießen von Öl in dieses Feuer - ich meine die Waffenlieferungen an Iran - äußerst gefährlich. Wir enthalten uns dessen. Ich denke, Genossen, wir sind uns darin einig, daß es notwendig ist, noch intensiver mit der Bewegung der Nichtpaktgebundenen zusammenzuwirken. In der letzten Zeit zeigt dieses Zusammenwirken unbestreitbar eine gewachsene politische Reife und immer deutlicher zum Ausdruck kommende antimilitaristische und antiimperialistische Tendenzen.

Wir haben bereits unsere Meinungen zu den Ergebnissen der Konferenz in Harare ausgetauscht. Offensichtlich müssen wir mit allen Mitteln zur Realisierung ihrer Vorschläge und Forderungen beitragen. Wir wollen, daß das geplante Treffen der Stellvertreter der Minister für Auswärtige Angelegenheiten unserer Länder dabei hilft, konkrete Formen des Zusammenwirkens in der Arbeit mit der Bewegung der Nichtpaktgebundenen auszuarbeiten.

Abschließend noch einige praktische Erwägungen über die weitere Vervollkommnung der außenpolitischen Zusammenarbeit im Rahmen des Warschauer Vertrages. Unser Bündnis ist als ein Militär- und Verteidigungsbündnis entstanden und als solches wird es weiter tätig sein. In der gegenwärtigen Situation jedoch haben seine politischen Funktionen, seine Rolle als Generator bedeutender Friedensinitiativen und eines Mechanismus zur Verwirklichung der friedliebenden Außenpolitik der Bruderparteien und -staaten sprunghaft zugenommen und werden sicher noch zunehmen.

Begreiflicherweise erhöhen der große Umfang und die Kompliziertheit der vor uns stehenden Aufgaben hierbei rapide die Bedeutung der Koordinierung und Abgestimmtheit unseres Handelns in den europäischen und globalen Angelegenheiten sowie des operativen Erfahrungs- und Informationsaustausches.

Es ist uns gelungen, die Arbeit des Außenministerkomitees etwas zu aktivieren, ihr einen dynamischeren Charakter zu verleihen. Ich denke jedoch, daß die Reserven noch nicht erschöpft sind.

Die nützliche Praxis, aktuelle Fragen auf der Ebene der Stellvertreter der Minister für Auswärtige Angelegenheiten zu erörtern, kann und muß in ihrem thematischen Rahmen erweitert werden. Es müssen unserer Ansicht nach Fragen der Festigung des Friedens und der Sicherheit in der asiatisch-pazifischen Region, in der Nahost-Region und im Mittelmeerraum, zur Arbeit mit der Bewegung der Nichtpaktgebundenen, zum Komplex

der Tätigkeit der verbündeten Länder auf der Abrüstungskonferenz und zu humanitären Fragen, einschließlich der Menschenrechte, erörtert werden.

Ein gutes Resultat kann nach unserer Auffassung auch die Zusammenarbeit auf Expertenebene bringen. Scheinbar ist auch die Frage der Schaffung einer Expertengruppe zum Durcharbeiten konkreter Positionen zur internationalen Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des Terrorismus herangereift. Wir halten ebenfalls die Idee der bulgarischen Genossen für sehr nützlich, die Reaktion der NATO-Länder auf den Budapester Appell des Politischen Beratenden Ausschusses zu prüfen und Maßnahmen zum Voranbringen der darin enthaltenen Vorschläge zu erarbeiten. Selbstverständlich können auch andere Themen zur Erörterung vorgeschlagen werden.

Kurz zur Schaffung einer multilateralen Gruppe zur operativen gegenseitigen Information. Hier wurde die Frage der Rotation ihrer Arbeitsorte diskutiert. Ich denke, das ist schon kein großes Problem mehr und es zum allgemeinen Einverständnis zu lösen, wird nicht schwer sein.

Bei der Erörterung der Angelegenheiten unseres Bündnisses haben wir nicht das Recht, außer acht zu lassen, daß es in Europa noch sozialistische Staaten gibt, die diesem Bündnis nicht angehören.

Sicherlich wäre es nützlich, über - sagen wir - eine engere Zusammenarbeit mit Jugoslawien in internationalen Schlüsselproblemen nachzudenken. Objektive Möglichkeiten gibt es dafür. In unserem gemeinsamen Interesse ist es auch, die geduldige Arbeit zur Normalisierung und Entwicklung der Beziehungen zu Albanien fortzusetzen. Wenn es bei den Genossen irgendwelche konkreten Gedanken dazu gibt, wäre es interessant, sie anzuhören.

Jetzt, da wir die Bilanz über eine wichtige Etappe unserer außenpolitischen Tätigkeit ziehen und Zukunftspläne festlegen, möchte ich meiner Hoffnung Ausdruck geben, daß wir die neuen günstigen Möglichkeiten einer weiteren Aktivierung und Erhöhung der Effektivität unserer Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Außenpolitik in vollem Maße nutzen.

Ich gestatte mir eine persönliche Äußerung, und ich hoffe, daß sie richtig verstanden wird: Zwischen uns haben sich sehr gute kameradschaftliche Beziehungen herausgebildet, die ich außerordentlich schätze. Indem ich immer auf Ihre Kollegialität zähle, möchte ich glauben, daß auch Sie sich auf mich als einen zuverlässigen Partner und aufrichtigen, interessierten Gesprächspartner verlassen. Anders ist es gar nicht möglich.

Wenn das so ist, danke ich Ihnen herzlich.